

UNS HAMBURG

Seit 2015 dem Wohle Hamburgs verpflichtet



Seite 3

Messerwahnsinn



Seite 4

Genderwahnsinn



Seite 10

Coronawahnsinn

Liebe Hamburger!



am 6. Februar 2013 wurde die Alternative für Deutschland im hessischen Oberursel gegründet. Hauptantrieb war die Kritik an der „alternativlosen“ Eurorettungspolitik unter Angela Merkel. Es war das Alleinstellungsmerkmal gegenüber allen anderen Parteien. Nur die AfD trat gegen eine Vergemeinschaftung der Staatsschulden Griechenlands ein.

Anfang 2015 zog die AfD erstmals in die Hamburgische Bürgerschaft ein. Es ist das Jahr der Migrationskrise, der unregelmässigen Masseneinwanderung in unsere Heimat. Alle Parteien befanden sich in rauschhafter Willkommenskultur. Wir wiesen auf die Gefahren hin. Nur die AfD hielt dagegen.

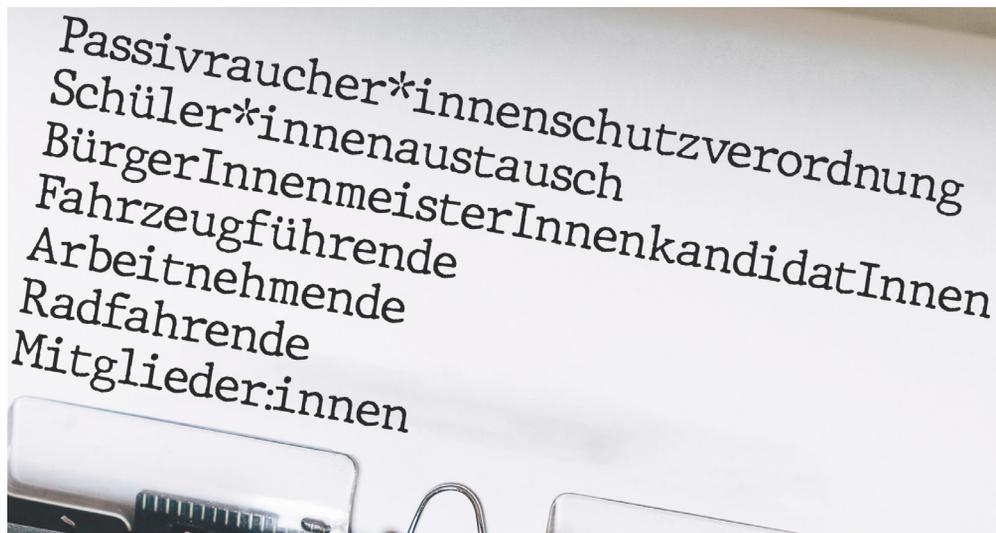
Anfang 2020 schafften wir den erneuten Einzug ins Parlament. Die Corona-Krise begann. Übertriebene und teilweise sinnlose Regierungsmaßnahmen schränkten unsere Freiheitsrechte massiv ein. Nur die AfD hielt dagegen.

Ob in Hamburg oder in Deutschland: Die alten Parteien und Fraktionen riskieren mit ihrer Politik die Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Die verfehlte Energiepolitik belastet die Verbraucher und die Unternehmen enorm. Die Wirtschaftsstandorte Deutschland und Hamburg sind massiv gefährdet. Nur die AfD hält dagegen.

Den treuen Wählern und Unterstützern gilt unser Dank. Unsere AfD in der Hamburgischen Bürgerschaft ist eine einmalige Erfolgsgeschichte. Und wir sind bereit für mehr.

Ihr Krzysztof Walczak,
Parlamentarischer Geschäftsführer

Gender mich nicht voll!



Eine verrückte und gefährliche Ideologie breitet sich insbesondere in Deutschland rasend schnell aus. Ihre Fürsprecher – linksgrüne Politiker und Journalisten – behaupten, das Geschlecht sei ein „Konstrukt“. Die Sprache müsse jetzt gendersensibel werden. Dieser Wahnsinn kostet viel Steuergeld und verdirbt unsere schöne deutsche Sprache. Im rot-grünen Koalitionsvertrag 2020 wird das Gendersternchen genutzt. Dort spricht man von Wortungetümen wie „Schüler*innenaustausche“ oder „Passivraucher*innenschutzverordnung“. Die SPD Hamburg schreibt sogar von „Mitglieder:innen“. Gleichstellungsbeauftragte und „DiversitätsagentInnen“ legen schwarze Listen an:

Milchmädchenrechnung und Mannschaft sollten besser vermieden werden. In Deutschland gibt es mehr als 200 Gender-Lehrstühle und –Zentren. Für Pharmazie sind es nur 190, für alte Sprachen rund 120 Professuren. Gender ist überall. Aber der Widerstand wächst – auch in Hamburg. Die Volksinitiative „Schluss mit Gendersprache in Verwaltung und Bildung“ will diesen ideologischen Blödsinn ausbremsen und verhindern. Darin wird der Senat aufgefordert, dass in allen staatlichen Verwaltungen und Bildungseinrichtungen das amtliche Regelwerk des „Rats für deutsche Rechtschreibung“ gilt. Gendergaga wäre demnach Geschichte. Machen Sie mit und unterstützen Sie die Volksinitiative. Weiter geht es im Innenteil auf Seite 4.

Hamburg immer voller und bunter Wolf: Migrationspolitische Zeitenwende!

Die Migrationskrise wird zum Dauerzustand, dadurch platzt Hamburg aus allen Nähten. Hamburg kauft sogar Hotels, um darin Migranten einzuquartieren. Fast 12.000 Migranten werden in Hotels beherbergt. Der rot-grüne Senat denkt jetzt sogar darüber nach, Wohnwagen anzumieten.

Wegen der unregelmäßigen Masseneinwanderungen wächst Hamburg rasant. Das erkennt man auch an den Schulen. Die Zahl der Schüler ist deutlich gestiegen. In diesem Schuljahr sind fast 260.000 Schüler verzeichnet.

Immer mehr Hamburger Schüler haben einen Migrationshintergrund. Der Anteil an Schülern mit Migrationshintergrund liegt inzwischen bei 53 Prozent – das heißt, nur noch 46,7 Prozent der Schüler haben keinen Migrationshintergrund.

Deutsche werden immer mehr zur Minderheit im eigenen Land.

Eine Große Anfrage der AfD-Fraktion ergab, dass sich der Anteil der vier- einhalbjährigen Kinder ohne ausreichende Deutschkenntnisse binnen der letzten zehn Jahre verdoppelt hat. Bei knapp 20 Prozent der Viereinhalbjährigen wurde im vergangenen Schuljahr ein sogenannter „ausgeprägter Sprachförderbedarf“ diagnostiziert. Neuer Rekordwert!

Die Schulen werden immer bunter, das Bildungsniveau ist im Sinkflug. Für den AfD-Schulpolitiker, Dr. Alexander Wolf, eine fatale Abwärtsspirale: „Ein so hoher Anteil an Kindern ohne solide Deutschkenntnisse gefährdet die Bildungserfolge aller Schüler, mit und ohne Migrationshintergrund.“

Dazu kommen die besorgniserregenden Ergebnisse der letzten bundesweiten IQB-Bildungstrends, nachdem die Hamburger Schüler zwischen 17,3 und 30,5 Prozent der Mindestanforderungen in Zuhören, Lesen und Orthographie verfehlen. In den besonders von Migration betroffenen Stadtteilen Hamburgs sind die Leistungen noch schwächer. Eine Neuausrichtung nach dem Vorbild skandinavischer Länder wie Dänemark und Schweden – einschließlich Quotenregelungen – ist unausweichlich.“

Steigende Migration bedeutet steigende Kosten. Eine AfD-Anfrage zeigt: Allein 2022 kosteten die 3.600 Migranten in sechs Erstaufnahmeeinrichtungen in Hamburg fast 50 Millionen Euro – und das ist nur die Spitze des Eisbergs. Eine weitere AfD-Anfrage brachte ans Licht, dass seit 2015 fast 500 Millionen Euro für die Versorgung von 6.119 unbegleiteten minderjährigen Ausländern in Hamburg ausgegeben wurden. Wir sehen: Wenn es um die Finanzierung von Migranten geht, sitzt das Geld in jeder Hinsicht locker. Deutschland zieht somit wie ein Magnet Migranten aus aller Welt an. Es überrascht daher kaum, dass bereits im Januar dieses Jahres knapp unter 30.000 Asylanträge in Deutschland gestellt wurden – und damit sogar gut 7.500 mehr als zu Beginn des Krisenjahres 2015. Im Vergleich zum vergangenen Jahr liegt somit gar eine Steigerung um 111,8 Prozent vor – und Ukraine-Flüchtlinge wurden hierbei nicht einmal mitgezählt. Es ist immer wieder festzustellen, dass weder die Bundesregierung noch der Hamburger Senat die sich auch weiterhin zuspitzende Migrationskrise auch nur ansatzweise im Griff haben. Die Grenzen bleiben offen, Abschiebungen finden so gut wie keine statt.

Für den AfD-Migrationspolitiker Dr. Alexander Wolf ist klar: „Die rot-grüne Asylpolitik ist gescheitert und außer Kontrolle geraten. Nur mit der AfD wird es eine migrationspolitische Zeitenwende geben! Wir brauchen konsequenten Schutz der EU-Außengrenzen, raschere Abschiebungen und effektive Rückführungsabkommen mit Herkunftsstaaten. Dafür streiten wir seit 2015 bis heute in der Hamburgischen Bürgerschaft!“



„Einzelfall“: Messermann tötet junges Paar Nockemann: Staatsversagen kostet Leben!



Und wieder gibt es einen „Einzelfall“, zum x-ten Mal. Ein „junger Mann“ stach in einem Regionalzug von Kiel nach Hamburg wahllos Ann-Marie (†17) und Danny (†19) ab, sieben weitere Menschen wurden teilweise schwer verletzt. Der Täter? Ibrahim A., ein „Flüchtling“, der 2014 nach Deutschland kam. Ursprünglich hieß es, er sei Syrer. Aber das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) gab bekannt, dass in der Akte zu Ibrahim A. fälschlicherweise ein syrischer Ausweis lag. Mittlerweile erklärte ein BAMF-Abteilungsleiter, dass Ibrahim A. selbst nach seiner Einreise 2014 sagte, er stamme aus dem Gazastreifen und sei staatenlos. Bei der Polizei war er kein Unbekannter. Er ist mehrfach vorbestraft, war bis kurz vor der abscheulichen Tat in Haft. Vor der Haftentlassung des Palästinensers ist nicht geprüft worden, ob er für die Allgemeinheit gefährlich ist. In seiner Haftzeit war er durchgehend psychisch auffällig. Vor der Tat drohte er im Gefängnis mit Terror. Er sagte zu den Schließern: „Es gibt nicht nur einen Anis Amri, es gibt mehrere: Ich bin auch einer!“

Der Norddeutsche Rundfunk weigerte sich anfänglich in der Berichterstattung, die Herkunft des Messerstechers zu nennen. Die Information sei irrelevant und führe lediglich zu diskriminierenden Verallgemeinerungen. Als Nutzer in den sozialen Netzwerken protestierten, schloss der Sender seine Kommentarspalte.

Politische Verantwortlichkeiten werden zwischen den Behörden hin- und hergeschoben. Nach Ansicht von Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) hätte der Zugkiller unter bestimmten Umständen abgeschoben werden können. Doch es passierte nichts.

Für den AfD-Fraktionschef Dirk Nockemann ein fatales Staatsversagen: „Dieses politisch gewollte Staatsversagen kostet Menschenleben. Diese Horrormeldungen und das gleichzeitige Schönreden wie „Einzelfall“ oder „psychisch gestört“ gehören seit 2015 fast zum Alltag. Niemand übernimmt dafür die politische Verantwortung. Die grüne Justizsenatorin Anna Gallina muss ihren Hut nehmen, sie ist ein Totalausfall.“

Die Innere Sicherheit erodiert seit Jahren. Ohne die Alternative für Deutschland wird sich daran nichts ändern. Nur wir fordern die ausnahmslose Abschiebung von Gefährdern und Straftätern, auch nach Afghanistan, Irak und Syrien. Abschiebungen retten Menschenleben.“

Erfassung von Messerstrafaten

Die AfD-Fraktion forderte bereits Anfang 2018 in einem Antrag die Erfassung von Messerstrafaten. Die SPD reagierte erbost: Der AfD-Antrag würde Vorurteile gegenüber bestimmten Bevölkerungsgruppen schüren. Der Antrag wurde abgelehnt, aber später kam die Erfassung von Messerstrafaten doch. Der Gebrauch von Messern wird für Hamburg seit dem 1. Januar 2019 in der Polizeilichen Kriminalstatistik erfasst. 2022 gab es in Hamburg 1.127 Messerstrafaten, also gibt es pro Tag drei Messervorfälle. Die Nationalität oder der Migrationshintergrund werden nicht erfasst. Die AfD-Fraktion forderte dies ebenfalls in einem Antrag.

Volk gegen Genderwahnsinn

Wolf: AfD zeigt von Anfang an klare Kante!

In Hamburg bewegt sich was. Eine Volksinitiative „Schluss mit der Gendersprache in Verwaltung und Bildung“ will Gender-Sternchen und -Doppelpunkte im Hamburger Amtsdeutsch verbieten. Die Unterschriftenaktion ist gerade angelaufen. Ziel der Initiative ist es, innerhalb von sechs Monaten 10.000 Unterschriften zu sammeln. Der Gesetzesentwurf kann dann der Bürgerschaft vorgelegt werden. Sollte die Bürgerschaft den Entwurf erwartungsgemäß ablehnen, können im Anschluß nochmals Unterschriften gesammelt werden. Die Hürde ist, dann 66.000 Unterschriften innerhalb von drei Wochen zu sammeln. Dann kann es zum Volksbegehren kommen. Das könnte Anfang 2025 der Fall sein, wenn auch die Hamburgische Bürgerschaft gewählt wird.

Die AfD-Fraktion forderte bereits 2018 in einem Antrag: „Gender-Sprache im Hamburger Staat und in der Verwaltung abschaffen“. Im April 2021 stellte die AfD-Fraktion den Antrag „Korrektres Hochdeutsch und gegen Umerziehung – Keine Verpflichtung zur Gendersprache in Hamburgs Behörden!“. Anfang 2023 versuchte es die AfD-Fraktion mit dem Antrag „Gendersprache in Hamburger Schulen stoppen“. Alle Anträge wurden von allen anderen Fraktionen abgelehnt. Eine Ablehnung durch Rot-Grün war anzunehmen und klar, aber auch CDU und FDP lehnten die Anträge ab.

Und das, obwohl sie plötzlich die Anti-Gender-Volksinitiative begrüßten. Das Plenarprotokoll zum AfD-Antrag im Jahre

2018 gibt Aufschluss, was die CDU-Abgeordnete Anke Frieling sagte: „Fakt ist jedenfalls, dass Ihnen die Themen auszugehen scheinen und dass wir Ihren Antrag ablehnen werden.“

Die FDP sprach von einer „kruden Sicht auf die Welt“. Und weiter: „Eine kategorische Abschaffung geschlechtergerechter Sprache lehnen wir daher ab.“

Auch im Mai 2021 lehnte die CDU den AfD-Antrag mit folgender Begründung

Unterstützen Sie die Volksinitiative!
Die Unterschriftenliste befindet sich auf der folgenden Seite. Jetzt unterschreiben! Hier einsenden oder abgeben:

AfD-Fraktion Hamburg
Schmiedestraße 2
20095 Hamburg

ab: „Mit diesem Antrag weigern Sie sich einfach, den gesellschaftlichen Wandel anzuerkennen. Dass Hamburgs Behörden sich respektvoll ausdrücken, daran sollten wir nicht rütteln. Dieser Respekt drückt sich in unserer Zeit auch im Gendern aus.“ Hier wird deutlich: CDU und FDP sind in dieser Frage verlogen. Und das erkennen die meisten Bürger auch. Der Westdeutsche Rundfunk (WDR) gendert auch, was das Zeug hält. Doch nun kommt er in der Realität an. Der WDR gab eine repräsentative Umfrage von infratest dimap in Auftrag.

Das Ergebnis: Nur 16 Prozent gaben an, dass ihnen Gendern sehr wichtig sei.

41 Prozent hingegen finden es gar nicht wichtig. 59 Prozent der Befragten sind sogar konkret gegen das Gendern in den Medien. Bei den Umfrageergebnissen gab es kaum Unterschiede zwischen Männern und Frauen.

Der WDR-Programmdirektor Jörg Schönenborn überdenkt jetzt seine Position: „Wir wollen sprechen, wie unser Publikum. Wenn so eine Sprachform abgelehnt wird, dann empfehlen wir unseren Teams: Lasst es.“

Dass bei den Öffentlich-Rechtlichen endlich ein Umdenken stattfindet, ist ein gutes Zeichen. Der Fraktionsvizechef und kulturpolitische Sprecher Dr. Alexander Wolf begrüßt die Volksinitiative in Hamburg: „Wir stehen fest an der Seite der Volksinitiative. Wir begrüßen den Widerstand von unten sehr, denn die Gendersprache wird den Bürgern von oben herab aufgezwungen – insbesondere von Politikern und Journalisten.“

Dabei lehnt die große Mehrheit diesen Genderwahnsinn ab. Unsere AfD-Fraktion ist die erste und einzige Fraktion, die sich gegen diesen Genderwahn gestellt hat. Diese Kunstsprache ist eines der gefährlichsten grünen Ideologieprojekte. Sie ist freiheits- und demokratiefeindlich und spaltet die Gesellschaft. Die deutsche Sprache ist schön so wie sie ist – sie darf auf gar keinen Fall zum Werkzeug gefährlicher, linksgrüner Sozialisten werden!“



Unterschriftenliste Nummer _____ für die

Volksinitiative „Schluss mit Gendersprache in Verwaltung und Bildung“

zur Vorlage zu folgendem Gegenstand der politischen Willensbildung

Der Senat wird aufgefordert, binnen drei Monaten nach dem Volksentscheid den staatlichen Verwaltungen und Bildungseinrichtungen vorzugeben, dass die deutschsprachige amtliche, schriftliche oder elektronische Kommunikation und Veröffentlichung unter Einhaltung des amtlichen Regelwerks des „Rats für deutsche Rechtschreibung“ erfolgt. Des Weiteren soll der Senat die öffentlichen Unternehmen auffordern, diese Vorgabe zeitgleich für ihre Kommunikation zu übernehmen.

Vertrauenspersonen und Initiatoren (erklärungsberechtigte Personen): 1. Sabine Mertens, 2. Dr. Inge Blatt, 3. Dr. Hans Kaufmann. Datum der Anzeige des Beginns der Sammlung: 07.02.2023

Hinweise: 1. Nach § 4 Absatz 2 des Volksabstimmungsgesetzes (VAbstG), darf unterzeichnen, wer bei Einreichung der Unterschriftenlisten zur Bürgerschaft wahlberechtigt ist. Die Eintragung ist wirksam, wenn der Vor- und Familienname, das Geburtsjahr und die Wohnanschrift enthalten sind. Zudem muss die eintragungsberechtigte Person eigenhändig unter Angabe des Datums der Unterschriftsleistung unterschreiben. Fehlt einer dieser Angaben, ist die Eintragung auch gültig, wenn die Identität bei der Prüfung der Listen anhand des Melderegisters eindeutig festgestellt werden kann. Unterstützungs berechtigte, für die im Melderegister eine Auskunftssperre gemäß § 51 Absatz 1 Bundesmeldegesetz eingetragen ist, können sich auch ohne Angabe der Wohnanschrift in die Unterschriftenliste eintragen. Die Wohnanschrift wird durch den Hinweis ersetzt, dass eine Auskunftssperre vorliegt. 2. Ihre Daten werden ausschließlich zur Feststellung des Zustandekommens der Volksinitiative verwendet und auch von den Initiatoren, Vertrauenspersonen und deren Hilfspersonen vertraulich behandelt. 3. Jeweils zwei der oben genannten Personen sind berechtigt, für die Initiatoren folgende Erklärungen abzugeben: a. Sie dürfen die Durchführung des Volksbegehrens beantragen (§ 6 Absatz 1 Satz 1 VAbstG), b. Sie dürfen den Entwurf in überarbeiteter Form einreichen (§ 6 Absatz 1 Satz 3 VAbstG), c. Sie dürfen den Gesetzentwurf oder die andere Vorlage zurücknehmen (§ 8 Absatz 1 VAbstG), 4. Jede der oben genannten Personen ist berechtigt, für die Initiatoren beim Hamburgischen Verfassungsgericht die Feststellung zu beantragen, (a) dass die Volksinitiative zustande gekommen ist (§ 27 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 des VAbstG), (b) ob ein Gesetz oder ein Beschluss der Bürgerschaft über einen bestimmten Gegenstand der politischen Willensbildung dem Anliegen der Volksinitiative entspricht (§ 27 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 VAbstG).

Erklärungen:

- Mit meiner Unterschrift unterstütze ich die Volksinitiative zu der Vorlage zu oben genanntem Gegenstand der politischen Willensbildung. Mir ist Gelegenheit gegeben worden, den Entwurf der Vorlage im vollständigen Wortlaut zur Kenntnis zu nehmen.

Lf d. Nr.	Familien-, Vorname(n)	Geb.- Jahr	Anschrift der alleinigen oder der Hauptwohnung Straße, Hausnr.	PLZ	Datum	Unterschrift	Amtliche Vermerke
1					HH		
2					HH		
3					HH		
4					HH		
5					HH		

Bitte senden Sie diese Unterschriftenliste (im Original per Post) möglichst umgehend an: **Sabine Mertens, Behringstr. 28a Haus III, 22765 Hamburg,**
oder informieren Sie uns per E-Mail: vi-hamburg@vds-ev.de
Neue Listen zum weiteren Sammeln können Sie unter www.vds-ev.de/vi-hamburg von unserer Website herunterladen und ausdrucken.

Begründung

Wir lehnen Gendersprache ab, da sie diskriminierend, integrationsfeindlich und vorurteilsbeladen ist. Die im gesamten deutschsprachigen Raum verwendete Standardsprache¹ zeichnet sich hingegen durch den Gebrauch von verallgemeinernden Begriffen aus, wo spezifische Merkmalsbeschreibungen wie Geschlecht, sexuelle Orientierung, Hautfarbe, Glaubensbekenntnisse und Ideologien bedeutungslos sind: Es verbietet sich daher, z. B. eine grammatische Form wie das generische Maskulinum zu unterbinden.

- Gendersprache ist die Sprache einer Minderheit in der Sprachgemeinschaft, die vorgibt, die Mehrheit zu repräsentieren. Tatsächlich versucht sie, der Mehrheit ihre Privatsprache aufzuzwingen, wenn sie z. B. von Bürger/innen, Bürgerinnen, Bürger_innen, Bürgenden, Bürger*innen, Bürger:innen spricht. Eine überwältigende, generationen- und geschlechterübergreifende Mehrheit quer durch alle Bevölkerungsschichten lehnt Gendersprache nachweislich ab. Quelle: u. a. ZDF-Politikbarometer 16.07.2021 S.19.
- Gendersprache reduziert die Menschen u. a. auf ihr Geschlecht. So werden sie nicht als ganze Persönlichkeit gesehen, sondern nach unterschiedlichen Merkmalen gruppiert. Gendersprache ist sexistisch und menschenfeindlich. Sie verletzt die grundgesetzlich geschützte Würde des Menschen und dürfte sich deshalb als verfassungswidrig erweisen.
- Gendersprache ist widersprüchlich und verunstaltet die Sprache in unsäglicher Art und Weise. Sie will einerseits „alle Geschlechter sprachlich sichtbar machen“ (sog. inklusive Sprache), andererseits geschlechtsspezifische Ausdrücke vermeiden. Die deutsche Sprache unterscheidet eindeutig zwischen biologischem und grammatischem Geschlecht (Sexus und Genus). Ihre drei generischen Formen Maskulinum / Femininum / Neutrum sind von je her allgemein und inklusiv.
- Durch Gendern grenzt sich eine vermeintlich fortschrittliche Elite von den normalen Menschen ab und dringt dadurch auch nicht mehr zu ihnen durch.
- Die Diskussionen um Gendersprache und Frauenquoten lenken von der Befassung mit den berechtigten Forderungen nach sozialer Gerechtigkeit ab.
- Gendersprache benachteiligt bildungsferne und sprachbehinderte Menschen, insbesondere Blinde, Gehörlose, Legastheniker und Menschen mit geistiger Behinderung. Gendersprache erschwert die sprachliche Integration von Migranten.
- Gendersprache verwischt klares Denken und erschwert die Verständigung. Gendersprache spaltet Worte und die Gesellschaft als Ganzes.
- Die Standardsprache war schon immer geschlechtersensibel und inklusiv, so auch gemäß dem amtlichen Regelwerk des Rats für deutsche Rechtschreibung. Bürger einer Demokratie verwahren sich zu Recht gegen eine verordnete Sprache. Sie wissen und spüren: Eine Demokratie braucht den gewachsenen (Sprach-) Standard, die Einheitssprache, deren wichtigste Kriterien Verbreitung, Verständlichkeit und soziale Übereinkunft sind. Die Standardsprache¹ ermöglicht es, allgemeine Aussagen zu treffen und sprachliche Vielfalt lebendig zu erhalten. Alle sprachlichen Varianten, von der Wissenschaftssprache über diverse Fachsprachen bis hin zum Kiezdeutsch sind auf diesen Standard bezogen.

Politik, Verwaltung und Bildung sollen in der Standardsprache¹ kommunizieren: § 23 WvVfG „Die Amtssprache ist Deutsch“. Die deutsche Standardsprache kommt gesprochen und geschrieben ohne genderideologisch begründete Kunststrausen und Sonderzeichen innerhalb von Worten aus. Sie ersetzt auch nicht durchgängig das generische Maskulinum durch weiblich markierte Formen wie Gläubigerin, um eine geschlechtsübergreifende Bedeutung vorzutauschen, die in dem Fall nur das generische Maskulinum bietet. Die gesamte Hamburger Verwaltung, alle staatlichen Bildungseinrichtungen und alle staatlichen Unternehmen (mit bestimmendem Einfluss der FHH) müssen sich bei der internen und externen deutschsprachigen Kommunikation der allgemein verständlichen Standardsprache gemäß des amtlichen Regelwerks des „Rats für deutsche Rechtschreibung“ bedienen, soweit dem nicht höherrangiges Recht entgegen steht.

¹Eine Sprachgemeinschaft verfügt über einen Standard, wenn eine ihrer Varietäten im gesamten Sprachgebiet verwendet wird. (Peter Eisenberg, Vielfalt und Einheit der deutschen Sprache, 2017 S. 54). Weitere Argumente / Infos unter www.vds-ev.de/vi-hamburg

Selbstbestimmungsgesetz gefährdet Frauen

Petersen: „Verrücktheiten stoppen“

In Deutschland droht ein neues Selbstbestimmungsgesetz. Auf Bundes- und Landesebene arbeiten rote und grüne Ideologen daran, Genderwahnsinn in Gesetze zu gießen. Demnach soll jeder Mensch sein Geschlecht künftig selbst festlegen können. Dafür werde eine Erklärung darüber, dass die selbst empfundene geschlechtliche Identität nicht mit dem eingetragenen Geschlecht übereinstimmt, ausreichen.

Für Minderjährige reicht das Einverständnis der Sorgeberechtigten. Wenn diese nicht zustimmen, kann das Familiengericht über die gewünschte Änderung des Geschlechtseintrags von Jugendlichen ab 14 Jahren entscheiden. Bisher waren für einen Personenstandswechsel zwei psychiatrische Gutachten und ein Gerichtsverfahren nötig. Dieses verrückte Gesetz öffnet möglichen Missbrauch Tür und Tor. „Echte“ Frauen verlieren dadurch ihre Schutzräume.

Zum Beispiel im Strafvollzug: Im Ausland – wo derartige Gesetze bereits in die Praxis umgesetzt wurden – häufen sich Fälle von Sexualstraftätern, die durch eine vorgetragene Transgenderidentität erleichterte Haftbedingungen und die Verlegung in Frauengefängnissen erwirken. Es gibt immer mehr Übergriffe solcher Männer auf die inhaftierten Frauen. In einem Frauengefängnis im US-Bundesstaat New Jersey sind zwei Häftlinge von einer „Transfrau“ (also einem Mann, der sich als Frau fühlt) schwanger geworden.

In Großbritannien ließ sich eine 52-jährige mutmaßliche Transgender-Frau in ein Frauengefängnis überführen. Dort belästigte sie eine andere Inhaftierte – nun befindet sie sich in einer Haftanstalt für Männer. Auch der rot-grüne Senat plant ein derartiges Gesetz: Der Gesetzentwurf zur Anerkennung und zum

stärkeren Schutz der Geschlechtervielfalt im Hamburger Justiz- und Maßregelvollzug sieht unter anderem vor, dass der sogenannte Trennungsgrundsatz angepasst wird und künftig Einzelfallentscheidungen möglich sind. Transfrauen können zukünftig auch dann in ein Frauengefängnis, wenn sie ihren Geschlechtseintrag oder Namen noch nicht offiziell geändert haben. Das hierdurch entstehende Konfliktpotential liegt auf der Hand. Für die familienpolitische Sprecherin Olga Petersen ist klar: „Nicht mit uns! Wir werden als Alternative für Deutschland alles tun, um für den Schutz von Frauen einzutreten – in Gefängnissen, in öffentlichen Toiletten, auf der Straße, überall. Diese verrückten Gesetzesvorhaben sind gefährlich und müssen dementsprechend endlich gestoppt werden. Schützen wir endlich unsere Frauen und Mädchen!“



Immer mehr Gewalt

Nockemann: Kriminelle Migranten abschieben

Anfang Februar wurde die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) 2022 vorgestellt. Darin werden alle Hamburger Straftaten erfasst, die aktenkundig geworden sind. Für die Kriminalität auf Bahnhöfen und am Flughafen ist jedoch die Bundespolizei zuständig, die ihre eigene Statistik führt. Insgesamt wurden für das Jahr 2022 211.239 Straftaten erfasst. Die Aufklärungsquote betrug 46,2 Prozent. Insbesondere die Gewaltkriminalität – dazu zählen Mord und Totschlag, aber auch Körperverletzung – ist deutlich angestiegen. Die Hamburger Polizei verbuchte 2022 im Vergleich zu 2021 einen Anstieg um 11,5 Prozent.

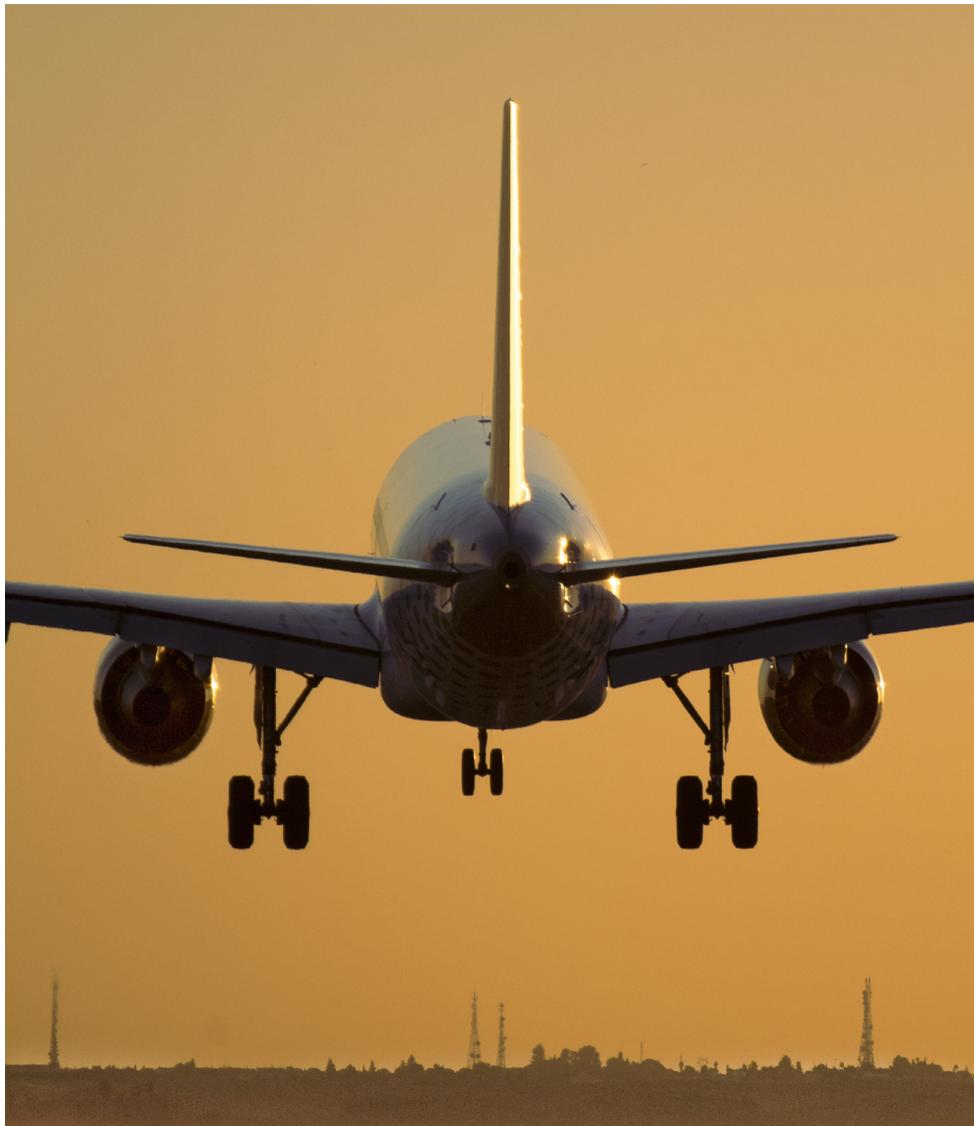
Die Zahl der Gewaltdelikte wuchs von 6.799 in 2021 auf 7.583 im Jahr 2022.

Die Zahl der Messerdelikte stieg um 3,6 Prozent auf 1.127. In 815 Fällen wurde mit einem Messer gedroht, in 312 wurde eins eingesetzt. Im Vorjahr waren 1.088 Messertaten erfasst worden, 2020 waren es 1.111.

Im Hinblick auf Schießereien gibt es auch einen deutlichen Anstieg. 2019 gab es 29, 2020 waren es 35, 2021 bereits 97 und in den ersten neun Monaten 2022 bereits 75 Schießereien.

Der Anteil der ausländischen Tatverdächtigen liegt aktuell bei 47,4 Prozent. Der Migrationshintergrund wird nicht erfasst.

Für den AfD-Innenpolitiker Dirk Nockemann sind die Zahlen erschreckend: „Die PKS bildet nur die Taten ab, die auch wirklich angezeigt wurden. Aus diesem Grunde ist sie teilweise wenig aussagekräftig, da nur die Taten erfasst werden, die so weit ermittelt wurden, dass sie an die Staatsanwaltschaft abgegeben werden konnten. Es gibt tausende Fälle, die noch auf Halde liegen. Jeden Tag gibt es in Hamburg drei Straftaten mit einem Messer, alle drei Tage eine Schießerei. Unsere schöne Stadt ist eben nicht so ‚sehr sicher‘, wie der Innensenator Andy Grote (SPD) immer wieder betont. Angesichts des hohen Ausländeranteils bei den Tatverdächtigen brauchen wir endlich eine Abschiebeoffensive!“



Hamburger Gefängnisse: 55 Prozent Ausländeranteil kosten im Jahr fast 83 Millionen Euro

Eine Senatsantwort auf eine AfD-Anfrage deckt auf, dass der rund 55-prozentige Ausländeranteil in Hamburger Gefängnissen den Steuerzahler fast 83 Millionen Euro pro Jahr kostet.

Insgesamt befinden sich 1024 Ausländer in Haft. Folgende Nationalitäten sind am stärksten vertreten: Türkei (133), Polen (104), Afghanistan (71), Albanien (50) und Iran (43). Der Migrationshintergrund der Inhaftierten mit deutschem Pass wird nicht erfasst.

Der AfD-Fraktionschef Dirk Nockemann wird deutlich: „Ausländische Häftlinge kosten Hamburg ein Vermögen. In Zeiten, in denen Krisen über Krisen die Bürger belasten, ist nicht nachvollziehbar, warum der rot-grüne Senat Gelder mit der Gießkanne verteilt. Ausländische Straftäter haben in unserem Land nichts verloren. Wir fordern konsequente Abschiebungen! Im Übrigen ist es dem deutschen Steuerzahler kaum verständlich zu machen, warum nicht Türken oder Polen ihre Strafe im Heimatland verbüßen. Entsprechende Abkommen könnten jederzeit geschlossen werden.“

Silvestergewalt gegen Einsatzkräfte

Nockemann: Ross und Reiter klar benennen

In der Silvesternacht kam es bundesweit und auch in Hamburg – insbesondere von Migranten – zu gewalttätigen Angriffen auf Einsatzkräfte. Das Landeskriminalamt verzeichnet insgesamt 24 Ermittlungsvorgänge im Zusammenhang mit der Silvestergewalt in Hamburg. Dabei geht es um 16 Einsätze von Polizei und Feuerwehr, bei denen drei Polizeibeamte und drei freiwillige Feuerwehrmänner verletzt wurden. Sie erlitten unter anderem Knalltraumata sowie Platz- und Brandwunden. Ein Feuerwehrmann wurde durch einen Metallsplitter im Auge verletzt.

Die AfD-Fraktion forderte im Januar 2023 die Einrichtung einer Sonderkommission. Alle anderen Fraktionen lehnten dies ab. Für den Fraktionschef Dirk Nockemann nicht nachvollziehbar: „Gewaltsame Angriffe auf unsere Feuerwehr, Polizei und Rettungskräfte sind Angriffe auf unseren Rechtsstaat und unsere Werte. Video und Filmaufnahmen müssen mit denselben Instrumenten ausgewertet werden wie bei den G-20 Ausschreitungen in Hamburg. Schade, dass die Altparteien das anders sehen.“

Linksgrüne fordern jetzt ein flächendeckendes Böllerverbot. Der frühere Innensenator Nockemann lehnt das ab: „Wir brauchen kein Böllerverbot, sondern klare Kante! Es wäre eine Kapitulation vor diesen Gewalttätern und würde auch die Bürger bestrafen, die verantwortungsvoll und gewissenhaft mit der traditionellen Knallerei umgehen. Der Rechtsstaat muss wehrhaft sein. Es braucht mehr Abschiebungen und ein härteres Vorgehen gegen kriminelle und illegale Migranten statt immer mehr No-go-Areas.“

In der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) für das Jahr 2022 ist ein deutlicher Anstieg der Gewalt gegen Polizei und Rettungskräfte zu verzeichnen. Im Vergleich zum Vor-Coronajahr 2019 sind 2022 über 34 Prozent mehr Polizisten im Dienst Opfer von Straftaten geworden. Im Vergleich zu 2021 betrug der Anstieg 12 Prozent. Insgesamt sind fast 2.700 Polizisten und Rettungskräfte Opfer von Gewalt geworden.

Für den AfD-Politiker ist das ein Skandal: „Benennen wir doch endlich die Ursachen. Derartige Silvesterexzesse und diese ausufernde Gewalt gegen Polizei und Einsatzkräfte gibt es in dieser Form erst seit 2015. Die jahrelange unkontrollierte Masseneinwanderung ist eine der Hauptursachen für diese Ausschreitungen. Es ist eben keine Partyszene, die über die Stränge schlägt, sondern im Regelfall ist hier eine überwiegend

migrantisch geprägte Szene am Werk, die unseren Staat und unsere Gesellschaft verachtet. Die Einsatzkräfte werden zur Zielscheibe und müssen ihren Kopf hinhalten. Dagegen hilft nur die volle Härte und Konsequenz des Rechtsstaates. Und die Politiker dürfen sich an dieser Stelle auch nicht mehr wegducken; sie sind gefordert, endlich ohne falsche Rücksicht Ross und Reiter zu benennen.“



Corona-Impfschäden als unterschätzte Gefahr

Reich: Politischer Wille fehlt

Man liest und hört es immer häufiger: „plötzlich und unerwartet“. Trotzdem verharmlosen Politik und Medien jede Verbindung zwischen Coronaimpfung und möglicherweise gravierenden und tödlichen Impfschäden.

„Zu Risiken und Nebenwirkungen lesen Sie die Packungsbeilage und fragen Sie Ihren Arzt oder Apotheker.“ So heißt es – ganz ohne Gender – unter jeder Arzneimittelwerbung. Ende 2020 begannen die Corona-Impfungen, bei vielen Bürgern machte sich Euphorie breit, viele konnten gar nicht schnell genug ihre Impfung bekommen. Kaum jemand in den Medien fragte kritisch nach Nebenwirkungen und Schäden.

Nach dem Impfrausch folgte bei vielen die Ernüchterung. Der sogenannte Impfschutz war nicht umfassend und musste immer wieder aufgefrischt werden.

Jetzt kommt ans Licht, was viele bereits geahnt haben. Todesfälle mit Diagnosen wie „Plötzlich eingetretener Tod“ oder „Plötzlicher Herztod“ liegen seit 2021 teilweise um ein Vielfaches höher als in den Jahren zuvor. Als Ursache drängt sich ein zumindest

teilweiser Zusammenhang mit der Impfkampagne auf.

2021 nahmen knapp 2,5 Millionen Patienten mit Impfnebenwirkungen ärztliche Hilfe in Anspruch. Es besteht eine massive Untererfassung von Corona-Nebenwirkungen bei Patienten. Aktuell gibt es bundesweit lediglich zwei Ambulanzen, die sich mit Impfgeschädigten befassen: An der Berliner Charité und am Universitätsklinikum Marburg. Termine sind auf Monate ausgebucht, was den hohen Bedarf für dieses spezielle medizinische Angebot eindrucksvoll belegt. Die AfD-Fraktion forderte im Januar 2023, Nebenwirkungen und Impfschäden durch Coronaimpfungen sorgfältig durch die Behörden zu erfassen. Zudem wurde die Forderung erhoben, dass die Einrichtung von Ambulanzen für Impfgeschädigte nach dem Berliner Vorbild errichtet werden. Die Anträge wurden abgelehnt. Der Staat kassierte währenddessen in der Coronazeit fleißig die Bürger ab.

Eine Große Anfrage der AfD-Fraktion brachte ans Licht, dass Hamburg von 2020 bis 2022 über 12 Millionen Euro durch Bußgelder einnahm. Die Summe speist sich aus über 48.000 Bußgeldbescheiden.

Für den AfD-Gesundheitspolitiker Thomas Reich ein Unding: „Hamburg verdient sich eine goldene Nase durch die Corona-Gängelung unter Rot-Grün. Man erinnere sich an die irrsinnige Maskenpflicht im Freien an der Alster oder der Mönckebergstraße.“

Noch immer fehlt der politische Wille, sich mit den Schattenseiten der Corona-Impfungen auseinanderzusetzen. Dabei sind Impfschäden keine Seltenheit. Der rot-grüne Senat hat die Impfkampagne maßgeblich vorangetrieben und wurde nicht müde, Coronaimpfungen anzupreisen. Nun hat er die Pflicht, sich mit den Auswirkungen seiner Impfpropaganda zu befassen. Wir fordern: Impfschäden systematisch erfassen und den Impfgeschädigten endlich zur Seite stehen!“



Corona-Wahn auf den Zahn gefühlt!

Walczak: Wie ich 80 Corona-Verordnungen las

Es war ein denkwürdiger Moment: Als sich die Hamburgische Bürgerschaft am 18. März 2020 konstituierte, durfte ich mich als frisch gewählter Abgeordneter im Plenarsaal des Rathauses unfreiwillig auf einen Klappstuhl setzen – um den damals frisch empfohlenen Mindestabstand einzuhalten.

Damals hätte ich mir noch nicht erträumen können, dass ich mich als Mitglied des Verfassungsausschusses fast drei Jahre mit den Corona-Zwangmaßnahmen des Senates auseinandersetzen müsste. Im April 2020 erließ der rot-grüne Hamburger Senat die erste „Verordnung zur Eindämmung der Ausbreitung des Coronavirus SARS-CoV-2 in der Freien und Hansestadt Hamburg“. Mit ihr wurde Hamburg in den ersten Corona-Lockdown geschickt: Geschäfte, Restaurants, Museen und Fitnessstudios mussten schließen; das öffentliche Leben kam nahezu vollständig zum Erliegen.

Doch nach diesem ersten Lockdown hob der Senat die Verordnung nicht auf. Stattdessen änderte der Senat die Verordnung insgesamt 80 Mal (!), ehe sie Ende Januar 2023 auslief.

Wir AfD-Abgeordnete kritisierten in den letzten drei Jahren dabei nicht nur die zahlreichen grundrechtsfeindlichen und widersprüchlichen Maßnahmen, die der Senat traf: Von Ausgangssperren über Maskenpflichten im Freien oder 3G-, 2G- und 2G-Plus-Regelungen.

Auch, wie man 2020 nahezu völlig die gewählten Abgeordneten umging, war skandalös. Bürgermeister Tschentscher baldowerte zusammen mit den Ministerpräsidenten und Bundeskanzlerin Merkel in den berüchtigten Ministerpräsidentenkonferenzen jeweils die neueste Palette an Coronamaßnahmen aus – der Senat änderte dann die geltende Coronaverordnung, ohne die Bürgerschaft zu fragen. Erst nach massivem Druck verabschiedete die Bürgerschaft im Dezember 2020 sodann

ein so genanntes „Parlamentsbeteiligungsgesetz“, das zwar nicht dafür sorgte, dass die Abgeordneten im Parlament über die Änderungen abgestimmt haben. Aber immerhin dafür, dass jede einzelne Verordnung der Bürgerschaft vorgelegt werden musste und es zu einer Beratung im Verfassungsausschuss kam. Keine dankbare Aufgabe: Würde man alles ausdrucken, käme man auf circa 5.500 Seiten.

Trotzdem habe ich in den Sitzungen des Verfassungsausschusses immer und immer wieder den Senat aufgefordert, sich an unsere Verfassung zu halten. Doch jenseits dieser grundsätzlichen Kritik ist durch die akribische Lektüre jeder einzelnen Vorschrift auch für mich als Abgeordneten deutlich geworden, wie widersprüchlich die Corona-Politik eigentlich war. Ein perfektes Beispiel für den im Ausschuss von der AfD kritisierten Corona-Wahn lässt sich beispielsweise in der 44. Corona-Änderungsverordnung finden, in der der Senat regelte, wie man unter Einhaltung eines „Schachbrettmusters“ im Theater bestuhlen durfte: „Das Abstandsgebot kann auch dadurch erfüllt werden, dass bei fest installierten Sitzplätzen eine Platzierung mit je einem freien Sitz rechts und links und reihenweise versetzten freien Plätzen erfolgt; hierbei kann zwischen Personen nach § 3 Absatz 2 Satz 2 auf die Freihaltung eines Sitzes in derselben Reihe verzichtet werden.“ Und dazu muss man noch wissen: Die 44. Corona-Änderungsverordnung war nur sieben Tage in Kraft, ehe sie durch die 45. Verordnung abgelöst wurde.

Die Zeit der Corona-Maßnahmen ist nun Gott sei Dank weitgehend vorbei. Aber insbesondere bei Themen wie Impfschäden oder der Aufarbeitung der Coronamaßnahmen wird die AfD in der Bürgerschaft weiter dranbleiben.



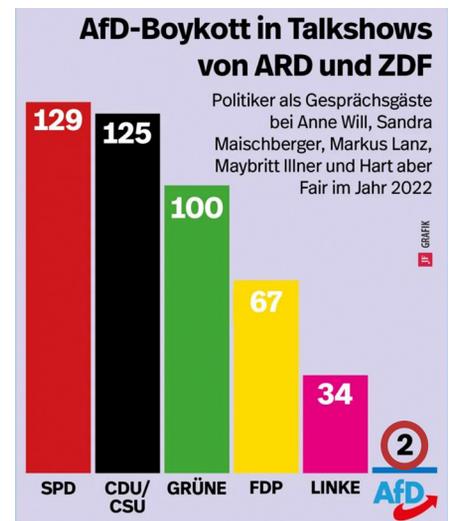
Soziale Netzwerke: AfD schafft Gegenöffentlichkeit!

Neben der klassischen Pressearbeit setzen wir als AfD-Fraktion Hamburg besonders auf die sozialen Plattformen. Warum? Die AfD wird in Hamburg und Deutschland in Rundfunk und Zeitungen systematisch ausgegrenzt. Das wohl sichtbarste Beispiel der Ausgrenzung ist die Zahl der Talkshowauftritte im ARD und ZDF. Während AfD-Politiker kaum zu sehen sind, werden alle im Bundestag vertretenen Parteien regelmäßig eingeladen. Allein deshalb muss die AfD auf eine breite Gegenöffentlichkeit setzen. Und der Erfolg der AfD-Fraktion in den sozialen Netzwerken spricht für sich!

Die AfD-Fraktion Hamburg hat den YouTube-Kanal stetig ausgebaut. Hier werden regelmäßig Bürgerschaftsreden veröffentlicht, ebenso Videos von Fraktion im Dialog. Die Altparteien in Hamburg kommen nicht im Entferntesten an die Abonnentenzahlen der AfD-Fraktion heran.

Damit ist allein der AfD-Fraktionskanal für YouTube erfolgreicher als die sämtlicher Parteien und Fraktionen. Übrigens, selbst die Bundestagsfraktionen von SPD (3.410), CDU/CSU (3.510) und Grüne (243) haben eine erschreckend schwache Präsenz.

Zur Öffentlichkeitsarbeit gehört auch unser Newsletter. Alles zur Arbeit der AfD-Fraktion erfahren Sie regelmäßig in unserem Newsletter – dem Blauen Anker! Schreiben Sie uns: **blaueranker@afd-fraktion.hamburg.de**



Immer auf dem Laufenden bleiben?

Der neue AfD-Fraktionsrundbrief

Afd
Blauer Anker



Dirk Nockemann

Fraktionsvorsitzender und Mitglied
in folgenden Ausschüssen:

Innenausschuss, Ausschuss für Justiz und Verbraucherschutz, Verkehrsausschuss

Fachsprecher für:

Inneres, Islam, Justiz, Verkehr, Öffentlicher Dienst, Parlamentsreform

afd-fraktion-hamburg.de/dirk-nockemann/

[facebook.com/Dirk.Nockemann.AfD/](https://www.facebook.com/Dirk.Nockemann.AfD/)

dirk.nockemann@afd-hamburg.de



Dr. Alexander Wolf

Stellv. Fraktionsvorsitzender und Mitglied
in folgenden Ausschüssen:

Stadtentwicklungsausschuss (Vorsitz), Schulausschuss,
Kultur- und Medienausschuss, Parl. Untersuchungsausschuss "Cum-Ex"

Fachsprecher für:

Einwanderung/Integration, Islam/Jüdische Belange,
Schule, Bauen und Stadtplanung, Kultur, Jagd, Fischerei

afd-fraktion-hamburg.de/dr-alexander-wolf/

[facebook.com/Alexander.Wolf.AfD/](https://www.facebook.com/Alexander.Wolf.AfD/)

alexander.wolf@afd-hamburg.de



Krzysztof Walczak

Ausschuss für Wirtschaft und Innovation, Wissenschaftsausschuss,
Verfassungs- und Bezirksausschuss, Ausschuss für die Zusammenarbeit der
Länder Hamburg und Schleswig-Holstein, Europaausschuss

Fachsprecher für:

Wirtschaft, Wissenschaft, Verfassung, Hafen
Digitales, Europa, Antidiskriminierung, Innovation,
Tourismus, Medien, Verbraucherschutz, Antidiskriminierung

<https://afd-fraktion-hamburg.de/krzysztof-walczak/>

<https://www.facebook.com/walczak.afd>

krzysztof.walczak@afd-hamburg.de



Olga Petersen

Mitglied in folgenden Ausschüssen:

Familie-, Kinder- und Jugendausschuss,
Ausschuss für Gleichstellung und Antidiskriminierung,
Eingabenausschuss

Fachsprecherin für:

Familie, Kinder, Jugend, Eingaben, Gleichstellung,
Antidiskriminierung, Medien

<https://afd-fraktion-hamburg.de/olga-petersen/>

<https://www.facebook.com/Olga.Petersen.AfD>

olga.petersen@afd-hamburg.de



Thomas Reich

Mitglied in folgenden Ausschüssen:

Gesundheitsausschuss, Haushaltsausschuss,
Ausschuss für Umwelt, Klima und Energie

Fachsprecher für:

Energie, Gesundheit, Haushalt, Umwelt, Behinderte, Datenschutz,
Kirchen, Senioren, Tierschutz, Umwelt

afd-fraktion-hamburg.de/thomas-reich/

www.facebook.com/thomas.reich.afd

thomas.reich@afd-hamburg.de



Marco Schulz

Mitglied in folgenden Ausschüssen:

Soziales, Arbeit und Integration, Öffentliche Unternehmen,
Sportausschuss

Fachsprecher für:

Arbeit, Bezirke, Soziales, Öffentliche Unternehmen, Sport

afd-fraktion-hamburg.de/marco-schulz/

marco.schulz@afd-hamburg.de

Zahlen statt Worte



15.000

Räder wurden 2022 in Hamburg geklaut. Das sind durchschnittlich 41 Drahtesel pro Tag.

Quelle: Polizeiliche Kriminalstatistik 2022



66.000

Mitglieder verlor die evangelische Nordkirche (HH, SH, MV) im Jahre 2022. Ende 2021 hatte sie gut 1,8 Millionen Mitglieder.

Quelle: welt.de



33.200.000.000

(33,2 Milliarden) Euro an Schulden hat die Hansestadt Hamburg inzwischen angehäuft.

Quelle: welt.de



23.475

Kinder sind 2022 in Hamburg zur Welt gekommen. 2021 waren es noch 25.499 Neugeborene.

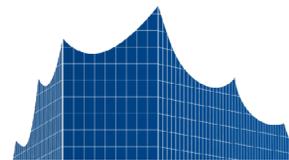
Quelle: hamburg.de



43

Prozent aller Hamburger sind in der Hansestadt geboren worden. Die übrigen 57 Prozent kamen in einem anderen Bundesland oder im Ausland zur Welt.

Quelle: Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein



circa

200.000

Tonnen wiegt die Elbphilharmonie. Dies entspricht dem Gewicht von 722 Airbus A380, welcher ein Leergewicht von rund 276.800 kg hat.

Quelle: elbphilharmonie.de



2.900

Jäger gibt es in Hamburg.

Quelle: dpa



67

Windkraftanlagen stehen in Hamburg. Die Leistung beträgt insgesamt 121,9 Megawatt. Das Mitte 2021 stillgelegte Kohlekraftwerk Moorburg hatte eine Leistung von mehr als 1.600 Megawatt. Es konnte rund 11 Millionen Megawattstunden Strom im Jahr produzieren und damit fast den gesamten Strombedarf Hamburgs abdecken.

Quelle: NDR.de

Die AfD-Fraktion in den Medien

Eine Auswahl der Presseberichterstattung

- dpa (15.02.2023): Bürgerschaft stimmt Verfassungsänderung in erster Lesung zu**
Laut dem gemeinsamen Antrag der Regierungsfractionen von SPD und Grünen sowie der CDU soll künftig als Ziel der Stadt formuliert werden: „Sie setzt sich gegen Rassismus und Antisemitismus sowie jede andere Form gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit ein. Sie stellt sich der Erneuerung und Verbreitung totalitärer Ideologien sowie der Verherrlichung und Verklärung des Nationalsozialismus entgegen.“
Kritik kam am Mittwoch von AfD und Linken. Während die Linken die Bezeichnung totalitäre Ideologien als zu unbestimmt bemängelten, lehnte die AfD den Begriff des Rassismus aus gleichem Grund ab. „Denn was Rassismus genau ist, darüber besteht keine Einigkeit“, sagte der AfD-Abgeordnete Krzysztof Walczak. Die Formulierung gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit sei zudem halbwissenschaftlich und linksideologisch. Bei der Abstimmung stimmte die AfD geschlossen gegen den entsprechenden Passus, auch aus der Linksfraktion gab es eine Gegenstimme.
- dpa (15.02.2023): Hamburgische Bürgerschaft kritisiert Aus von G+J-Zeitschriften**
Das Verlagshaus Gruner + Jahr gehört zur DNA der Stadt Hamburg, heißt es in der Bürgerschaft. Umso mehr sorgen dort Pläne für Empörung, die Zeitschriftenanzahl einzudampfen. Den Medienstandort Hamburg sehen die Abgeordneten in Gefahr. Lediglich bei der AfD war von einer wirtschaftlich nachvollziehbaren Reaktion des Medienkonzerns auf einen veränderten Medienkonsum die Rede.
Der AfD-Abgeordnete Krzysztof Walczak warf den anderen Abgeordneten vor, am Beispiel Gruner + Jahr «einen klassenkämpferischen Popanz» aufzubauen. „Was das Volk nicht liest, sorgt auch nicht für Umsatz.“ Deshalb sei die unternehmerische Entscheidung nachvollziehbar.
- Hamburger Abendblatt (13.02.2023): 1,3 Milliarden – Kostenexplosion beim Hochwasserschutz**
Der haushaltspolitische Sprecher der AfD, Thomas Reich, sagte: „Der Senat ist Hamburgs größte Katastrophe. Der Rechnungshof weist der Umweltbehörde große Defizite nach.“ Der für Hamburg so wichtige Deichschutz sei „sträflich vernachlässigt“ worden. Umweltsenator Jens Kerstan (Grüne) beschäftige sich wohl „lieber mit dem globalen Klimaschutz“, so Reich. „Das muss sich ändern.“
- Hamburg 1 (08.02.2023): „Schluss mit der Abzocke!“. AfD kritisiert zu hohe Parkgebühren**
Laut einer kleinen Anfrage des AfD-Fraktionschefs Dirk Nockemann, liegen die Parkgebühren in der Hansestadt auf Rekordniveau. Das gab die Partei in einer Pressemitteilung bekannt. Demnach habe die Hansestadt im vergangenen Jahr 35,4 Millionen Euro Parkgebühren eingenommen. 2021 waren es noch 25,2 Millionen. Nockemann kritisiert die Politik der Partei B'90/ Die Grünen als „Anti-Autofahrer-Agenda“ und fordert eine Senkung der Gebühren.
- NDR (06.02.2023): Fall Ibrahim A.: Justizsenatorin Gallina immer stärker unter Druck**
Auch AfD und Linke forderten schnellstmöglich eine Sondersitzung des Justizausschusses. AfD-Fraktionschef Dirk Nockemann sprach von einem Versagen der Hamburger Justiz. „Wie kann es sein, dass ein mehrfacher Straftäter im Stile eines Anis Amri Attentatspläne ausspricht und die Behörden nicht alarmiert sind?“, fragte Nockemann.
- NDR (31.01.2023): Deutlich weniger Sozialwohnungen in Hamburg bewilligt**
Der stadtentwicklungspolitische Sprecher der AfD, Alexander Wolf, nannte die Zahlen ein Armutszeugnis. „Die völlig überzogenen teuren energetischen Vorgaben im Baubereich bremsen den Wohnungsbau aus“, sagte er.
- BILD (31.01.2023): Kleine Senatsanfrage: Hamburg gibt 500 Mio. Euro für unbegleitete Flüchtlinge aus**
Die Hansestadt, die schönste Stadt der Welt – das sehen wohl auch immer mehr junge Flüchtlinge so! Aus einer Kleinen Anfrage von Alexander Wolf (55) an den Senat gehen jetzt Details über den Zustrom unbegleiteter minderjähriger Zuwanderer hervor. Zwischen 2015 und 2022 betragen die Kosten für Unterbringung und Betreuung in Hamburg rund 500 Mio. Euro.
- dpa (19.01.2023): Emotionale Debatte über Lützerath-Proteste in Bürgerschaft**
Die teils gewaltsamen Proteste gegen die Räumung des Dorfes Lützerath im rheinischen Braunkohlerevier haben zu einem emotionalen Schlagabtausch in der Hamburgischen Bürgerschaft geführt. Während CDU und AfD den Grünen Inkonsequenz im Umgang mit den Protesten und die Rechtfertigung von Straftaten vorwarfen, verteidigte Umweltsenator Jens Kerstan den Einsatz der Demonstranten für einen besseren Klimaschutz. Dirk Nockemann: „Mit Klimaschutz hat das nichts zu tun. Ihnen geht es nur um Machterhalt“, warf er den Grünen vor.
- dpa (29.11.2022): Öffentliche Unternehmen wachsen mit Rekordinvestitionen**
Investitionen seien im Sinne der Öffentlichkeit und nicht der eigenen politischen Agenda zu tätigen, sagte der AfD-Abgeordnete Marco Schulz. Zudem müssten die Angebote der Unternehmen für die Bürger erschwinglich bleiben.
- Hamburger Abendblatt (21.11.2022): Schura-Austritt des IZH**
AfD-Fraktionschef Dirk Nockemann sagte, die „IZH-Posse ist endlich beendet“. Die AfD-Fraktion habe bereits 2017 gefordert, dem IZH den Stuhl vor die Tür zu stellen.
- NDR (23.09.2022): Hamburger AfD-Fraktion stellt sich positive Halbzeitbilanz aus**
280 Anträge an die Bürgerschaft und mehr als 1.000 Anfragen an den Senat: Die Hamburger AfD-Fraktion hat am Freitag ihre Bilanz für die erste Halbzeit der laufenden Legislatur vorgelegt.
Laut der Hamburger AfD-Fraktion sind die eigenen Abgeordneten besonders fleißig, weil sie im Vergleich zu den anderen Fraktionen besonders viele Anträge stellten. Pro Abgeordnetem seien es bislang 47 gewesen. Dazu kämen regelmäßige Veranstaltungen im Festsaal des Rathauses und vor Ort in den Bezirken.
Inhaltlicher Schwerpunkt der vergangenen zweieinhalb Jahre sei unter anderem die Kritik an den scharfen Corona-Regeln gewesen. Aktuelle Themen für die AfD sind vor allem die Energiekrise und die Flüchtlingspolitik.
- NDR (22.10.2022) China-Einstieg: Dressel mahnt bei Hafen-Streit zu Sachlichkeit**
„Deutschland darf sich in keine einseitigen Abhängigkeiten begeben - schon gar nicht in die der Kommunistischen Partei Chinas“, sagte ihr Hafen-Experte Krzysztof Walczak.

Mitmachen und gewinnen - Das Hamburg-Quiz

Bilderrätsel: Was ist hier zu sehen?

- **Domplatz:
Ehemaliger Standort
der Marienkirche**

- **Die Grüne
Parteizentrale
im Grünen**

- **Öffentliche und gen-
dersensible Toilette
im Quadrat**



Machen Sie mit bei unserem Gewinnspiel! Zu gewinnen gibt es ein signiertes Buch des AfD-Ehrenvorsitzenden Dr. Alexander Gauland „Die Deutschen und ihre Geschichte“. Darin nimmt er uns mit auf eine Wanderung durch eintausend Jahre deutscher Geschichte. Aus den germanischen Wäldern des Tacitus führt er uns zu Karl dem Großen, zu Luther, den Kaisern des Mittelalters, von Friedrich II. zu Bismarck, zu Hitler, zum Mauerfall. An jeder Weggabelung erkennen wir, wie sehr wir Anteil haben an dieser Geschichte. Und dass diese uns erst zu denen macht, die wir sind. Richtige Lösung eingeben unter:

<https://uns-hamburg.de/quiz>

oder per Mail schicken an:

presse@afd-fraktion.hamburg.de

Betreff: Hamburg-Quiz

oder per Post an:

AfD-Fraktion in der Hamburgischen
Bürgerschaft

Stichwort: Hamburg-Quiz

Schmiedestraße 2

20095 Hamburg

Einsendeschluss ist der 31. Mai 2023.

Unter den richtigen Einsendern entscheidet das Los. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Die AfD-Fraktion wünscht viel Glück!

Impressum

Herausgeber:

AfD-Fraktion in der Hamburgischen
Bürgerschaft, Schmiedestraße 2,
20095 Hamburg

Redaktionsschluss: 26 Februar 2023

Verantwortlich im Sinne des Presse-
rechts: Dirk Nockemann

Verantwortlicher Redakteur:

Robert Offermann

Telefon: 040/42831-2518

presse@afd-fraktion.hamburg.de

Diese Publikation informiert über
die Arbeit der AfD-Bürgerschafts-
fraktion. Sie darf nicht zu Wahlwer-
bezwecken verwendet werden.

Informationen über die Arbeit der
AfD-Fraktion aus erster Hand?

Bestellen Sie hier unseren
Newsletter:

afd-fraktion-hamburg.de/newsletter

Ihr Kontakt zur AfD-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft:

AfD-Fraktion in der Hamburgischen
Bürgerschaft

Schmiedestraße 2, 20095 Hamburg

040 42831-2518

(Sie erreichen uns zwischen 9 und 18
Uhr.)

info@afd-fraktion.hamburg.de

afd-fraktion-hamburg.de

facebook.com/afd.fraktion.hamburg

twitter.com/AfD_Fraktion_HH

youtube.com/c/AfDFraktionHamburg

instagram.com/afd.fraktion.hamburg/

